



AGW STANDPUNKTE

DER MENSCH IM MITTELPUNKT IN SCHWIERIGEN ZEITEN GESTALTEN

Das Soziale Netz ist wichtiger denn je.

Wohlfahrtsverbände sind eine der Säulen des Sozialstaats.

Sie sind die tragende Säule sozialer Arbeit in Bielefeld.

**Sie sind unabhängig und arbeiten partnerschaftlich
mit den öffentlichen Sozialleistungsträgern zusammen.**

Grundlage dieser Zusammenarbeit ist das Prinzip der Subsidiarität.

Das Spannungsfeld Ökonomisierungszwang – mangelnde Ressourcen – steigende Bedarfe

1. Gegenseitiges Vertrauen - Transparenz bei allen Beteiligten

Fakt ist

- In manchen Angebotsbereichen stehen kommunale und Trägerangebote zu unterschiedlichen Bedingungen nebeneinander.
- Die Bürokratie – Dokumentation, Vorgaben und Kontrolle – nimmt immer mehr Zeit und Ressourcen in Anspruch.
- Entscheidungsfindungen gestalten sich bei Ressourcenknappheit häufig schwierig.
- Anpassungen an gesellschaftliche Veränderungen und sich ändernde Bedarfe sind in ihrer Bearbeitung komplex und langwierig.

Herausforderungen

- Gestaltung von Träger- und kommunalen Angeboten zu gleichen fairen Bedingungen
- Reduzierung von Bürokratie und Aufbau von vertrauensvollem Umgang miteinander
- Transparente Entscheidungen auf allen Ebenen trotz Ressourcenknappheit

Die AGW Bielefeld fordert daher

- Ausbau von Austauschformaten – wie erfolgreicher Dialog, AGW-Fachtag
- Vertrauen in Trägermotivation, die Aufgaben qualitativ bedarfsgerecht und gut zu machen
- Anerkennung der Träger als neutraler Akteur für gesellschaftliche Aufgaben
- Abschaffung der „überbordenden“ Kontrolle und Bürokratie
- Transparente kommunale Strategien für gesellschaftliche Aufgaben und Mittelverteilungen.

AGW STANDPUNKTE

DER MENSCH IM MITTELPUNKT IN SCHWIERIGEN ZEITEN GESTALTEN

2. Wertschätzung zivilgesellschaftlichen Engagements

Fakt ist

- Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des Zusammenhalts in Deutschland.
- Die Wohlfahrtsverbände sind sich ihrer Rolle bewusst, dieses Engagement zu fördern und zu ermöglichen.

Herausforderungen

- Aufgrund weniger zu erwartender Ressourcen in professioneller sozialer Arbeit bei steigenden Bedarfen ist mit einer eher steigenden Nachfrage nach freiwilligem Engagement zu rechnen. Gewinnung, Wertschätzung und Begleitung Engagierter wird in Zukunft eine noch größere Rolle spielen.
- Menschen, die sich engagieren, ändern sich. Sie suchen sowohl eine gesellschaftlich relevante, häufig auf Dauer angelegte sozial geprägte Aufgabe. Sie wünschen sich aber auch eine Anerkennung, die erfahrbar ist und motivierend wirkt.

Die AGW Bielefeld fordert daher

- Die strukturellen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement müssen gestärkt und verbessert werden (z.B. Freiwilligenagentur). Gerade auf Dauer angelegtes ehrenamtliches Engagement benötigt professionelle Unterstützung, Räume und Wertschätzungsformate. Dafür braucht es die nötigen Ressourcen.
- Anerkennungskultur muss immer wieder neu gedacht werden. Wertschätzung soll erlebbar sein und für die Engagierten passen. Auch hierfür müssen Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Die Engagementstrategie der Bundesregierung wird aktuell (auch unter Beteiligung aller Wohlfahrtsverbände) erarbeitet und Ende 2024 verabschiedet. Die Umsetzung muss vor allem kommunal erfolgen und bedeutet daher eine große Verantwortung für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Denn eine Strategie wird nur so gut sein, wie die Umsetzung lokal funktioniert.



AGW STANDPUNKTE

DER MENSCH IM MITTELPUNKT IN SCHWIERIGEN ZEITEN GESTALTEN

3. Innovation entlang der Bedarfe

Fakt ist

- Die Angebote der AGW sind gefragter denn je.
- Durch den demographischen Wandel und gesellschaftliche Veränderungen gibt es immer mehr Bedarfe.
- Gleichzeitig erleben wir an vielen Stellen eine Entsolidarisierung der Gesellschaft, steigende Ungleichheit und ein Erstarren demokratiefeindlicher Tendenzen.

Herausforderungen

- Knapper werdende Haushaltsmittel und Kürzungen engen die Möglichkeiten ein, uns für die Menschen in Bielefeld einzusetzen, und unserem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden.
- Eine Weiterentwicklung der Angebotsstruktur, als Reaktion auf sich verändernde Bedarfe ist unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Die AGW fordert daher

- Die soziale Infrastruktur in Bielefeld muss gestärkt werden.
- Dafür braucht es zusätzliche Zuwendungen und Stabilität in den Ressourcen.
- Die Fachexpertise der Träger ist bei Entscheidungen auch in Notlagen immer mit einzubeziehen.
- Um für die Zukunft aufgestellt zu sein, braucht es ein subsidiarisches Miteinander von Verwaltung, Politik und Trägerlandschaft
- Die Ergebnisse des aktuellen Lebenslagenberichtes sind bei zukünftiger Bedarfsplanung mit zu beachten.



AGW STANDPUNKTE

DER MENSCH IM MITTELPUNKT IN SCHWIERIGEN ZEITEN GESTALTEN

4. Ressourcen

Fakt ist

- Finanzielle und personelle Ressourcen reichen gesamtgesellschaftlich in vielen Handlungsfeldern sozialer und wohlfahrtspflegerischer Arbeit nicht aus.
- Die Kassenlage der öffentlichen Hand ist in der Regel höchst angespannt.
- Fachkräfte wandern aufgrund hoher Belastungen in andere Arbeitsfelder ab.
- Tarifabschlüsse der letzten beiden Jahre sind hoch, die Refinanzierung folgt, wenn überhaupt, häufig nur verzögert.
- Mehr und mehr Träger geben auf – kleine Vereine wie auch Komplesträger.
- Der Bedarf der Menschen an Betreuung, Begleitung, Pflege, Erziehung, Beratung steigt.
- Die Spaltung der Gesellschaft wird weitergetrieben, wenn Menschen sich abgehängt, ungehört und verunsichert fühlen.

Herausforderungen

- Dieses Missverhältnis zwischen Bedarfen und Ressourcen sowie die daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen Folgen gilt es nüchtern zu konstatieren – ohne Verharmlosung, aber auch ohne Überzeichnung und Aktionismus.
- Es gilt, Gestaltungsmöglichkeiten zu eruieren und konsequent gemeinschaftlich umzusetzen. In Kommune, Land und Bund.

Die AGW Bielefeld fordert daher

- Die bereits erprobte und bewährte Kommunikation zwischen Trägern, kommunaler Verwaltung und Politik wird weiter forciert. In Dialogen und Trialogen.
- Entscheidungen über die Ausgestaltung der sozialen Landschaft sind damit gemeinsam zu treffen und zu tragen.
 - a. Welche Angebote sollen in welcher Qualität und Quantität vorgehalten werden?
 - b. Was sind vordringlichste Maßnahmen, um der gesellschaftlichen Spaltung entgegen zu wirken?
 - c. Wo ist Angebots- und Trägervielfalt notwendig – wo kann kumuliert werden?
 - d. Welche Themen dürfen aktuell in den Hintergrund gerückt werden?
 - e. Welche Angebote müssen – wiewohl sinnhaft – verkleinert oder ganz aufgegeben werden?
- Ein Gleichstellungsgebot ist politisch zu beschließen: Angebote, die von Trägern der Wohlfahrtspflege oder Jugendhilfe durchgeführt werden, sind so zu finanzieren wie ein entsprechendes kommunales Angebot (Personal-, Sach- und Regiekosten).